

lich dass Brandenburg zu einem Land der zwei Geschwindigkeiten wird. Genau deshalb müssen wir handeln.

(Beifall des Abgeordneten Bischoff [SPD])

Wer nicht handelt, lässt es zu, dass Brandenburg ein Land von zwei Geschwindigkeiten und von Menschen mit großen Chancen und mit weniger Chancen wird.

(Beifall SPD und DIE LINKE - Zuruf des Abgeordneten Wichmann [CDU])

Ich finde, dass alle, die sagen, es kann so bleiben, wie es ist, schon jetzt die Fakten zur Kenntnis nehmen müssen. Schon heute gibt es nämlich erhebliche Unterschiede zwischen den Landkreisen. Bei den Personalkosten je Einwohner liegt die Spanne zwischen 188 Euro in Oberhavel und 344 Euro in der Prignitz, ähnlich auch bei den Kreisumlagen. Hier sind es in Spree-Neiße 48,5 % und in Oberhavel nur 35,47 %.

(Dr. Redmann [CDU]: Und das liegt an der Verwaltungsstruktur! Das ist peinlich!)

Das sind keine puren Zahlen. Wenn in der Prignitz 344 Euro je Einwohner für die Aufrechterhaltung der Verwaltung ausgegeben werden müssen, in Oberhavel 188 Euro, heißt das, dass Oberhavel schlicht und ergreifend mehr Geld je Einwohner zur Verfügung hat, um Daseinsvorsorge zu betreiben, Straßen zu bauen, Schulen zu bauen, und die Prignitz immer weniger. Wenn wir wissen, dass die Entwicklung weiter auseinandergeht, wissen wir auch, dass das Konsequenzen für die Kreisumlage haben wird. Warum ist die Kreisumlage in Spree-Neiße bei 48,5 % und in Oberhavel nur bei 35,47 %?

(Dr. Redmann [CDU]: Wegen der Sozialausgaben! Das wissen Sie besser!)

Das liegt daran, dass die Verwaltungsausgaben bei geringerer Bevölkerungszahl einen höheren Anteil beinhalten. Dieses Geld müssen die Kreise den Gemeinden wegnehmen. Den Gemeinden fehlt dieses Geld zur Aufrechterhaltung von Verwaltung: um Kitas, Schulen und kommunale Straßen zu bauen und für die Sozialarbeit.

(Zuruf von der CDU: Unseriös!)

Wir wissen, dass die Bevölkerungszahlen - damit auch die Steuereinnahmen - im Berliner Umland steigen, in berlinfernen Regionen die Tendenz aber gegenläufig ist. Wenn die Verwaltung gleichgroß bleibt, wir also der Tendenz nicht entgegenwirken, machen wir einen großen Fehler. Wer die Einsicht in diese Tatsache verweigert, verweigert Zukunft für das Land Brandenburg.

(Beifall SPD - Zuruf von der CDU: Das ist Unsinn!)

Kurz zu den kreisfreien Städten: Die Entwicklung der letzten 25 Jahre führte dazu, dass die drei kreisfreien Städte Frankfurt, Brandenburg und Cottbus insgesamt 526 Millionen Euro Schulden - Kassenkredite - aufgetürmt haben. Zum Vergleich: Alle Landkreise und übrigen Städte und Gemeinden - die kreisangehörigen Städte und Gemeinden in Brandenburg - machen 91 % der Bevölkerung aus. In den drei kreisfreien Städten

wohnen nur 9 % der Bevölkerung, aber sie haben zusammen nur 251 Millionen Euro Schulden. Kurzum: Brandenburg an der Havel, Cottbus und Frankfurt machen nur etwa 9 % der Brandenburger Bevölkerung aus, verzeichnen aber 67 % aller Schulden in Brandenburg. Daraus müssen wir Konsequenzen ziehen; darauf müssen wir eine Antwort finden.

Diese Landesregierung macht ein Angebot: Wir möchten diesen Städten durch eine Verwaltungsstrukturreform helfen. Wir wollen sie als Oberzentren stärken, Teilentschuldungen vornehmen. Wir werden Maßnahmen ergreifen, damit Brandenburg an der Havel, Cottbus und Frankfurt ihrer Aufgabe als Oberzentren besser gerecht werden können als jetzt. Sie sollen Hauptstädte ihrer Region werden. Ich kann mir gut vorstellen, dass Cottbus eine wunderschöne Hauptstadt eines Kreises Niederlausitz ist, seine Aufgabe als Oberzentrum hervorragend wahrnimmt, wunderbar daran mitwirkt, dass es in der Region gute Kulturangebote und eine gute sportliche Infrastruktur gibt, und diese Stadt noch stärker ist als jetzt. Das gilt für alle anderen kreisfreien Städte auch.

Die Diskussion darüber wird spannend. Wir müssen die persönliche Verantwortung annehmen, dass es unsere Aufgabe ist, in dieser Legislaturperiode eine Verwaltungsstrukturreform auf den Weg zu bringen. Sie soll gewährleisten, dass Brandenburg kein Land der zwei Geschwindigkeiten wird, dass in allen Teilen des Landes gleichwertige Lebenschancen gewährt sind. Auf die Debatte freue ich mich und hoffe, dass sich nicht alle Oppositionsfraktionen der Zusammenarbeit verweigern - ich bin mir sicher, dass die Grünen konstruktiv mitwirken werden. Ich würde mir wünschen, dass auch bei der CDU ein Umdenken stattfindet. Sie wollen doch irgendwann wieder Regierungskraft in diesem Land werden!

(Gelächter bei der CDU)

Hier können Sie beweisen, dass Sie angefangen haben zu lernen, dass Sie Verantwortung übernehmen wollen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit! Weiterhin eine gute Debatte!

(Beifall SPD, DIE LINKE und B90/GRÜNE)

#### **Präsidentin Stark:**

Vielen Dank. - Zu uns spricht nun die Abgeordnete der CDU-Fraktion, Frau Richstein.

#### **Frau Richstein (CDU):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Ness, wir sollten nachher in einem persönlichen Gespräch klären, warum Ihnen mein Wort weniger wichtig ist als das meines Fraktionsvorsitzenden.

Ich danke aber für das Stichwort „Ackerfurche“. Ich habe überlegt, wo ich dieses Wort schon einmal gehört oder gelesen habe. Mir ist das Märchen vom Hasen und dem Igel eingefallen. Da gab es einen eiteln, stolzen Hasen und einen kleinen, freundlichen Igel. Er hat sich beim Wettrennen immer in der Ackerfurche versteckt. Wer hat letztlich gewonnen? Der schlaue Igel.

(Heiterkeit und Beifall CDU)

Oder meinten Sie die Ackerfurche aus dem Klassiker „Die Kronenwächter“ von Achim von Arnim? Das Bild können Sie selbst zeichnen; dort heißt es nämlich:

„Aber nach Jahrhunderten der Zerstörung erkennen die einwandernden Anbauer des Walds mit Teilnahme die Unvergänglichkeit der Ackerfurchen und Grundmauern untergegangener Dörfer und achten sie als ein wiedergefundenes Eigentum ihres Geschlechts, das der Gaben dieser Erde nie genug zu haben meint.“

Grundmauern untergegangener Dörfer - das hört sich fast nach Ihrer Gemeindegebietsreform an.

(Beifall CDU sowie der Abgeordneten Schülzke [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe] - Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, das Land Brandenburg, seine Landkreise, Städte und Gemeinden sind heute wie in Zukunft mit vielfältigen Herausforderungen konfrontiert. Wie gehen wir mit dem Bevölkerungsrückgang von 2,5 Millionen auf 2,2 Millionen im Jahr 2030 um? Wie organisieren wir das Zusammenleben und den Zusammenhalt in einem Land, in dem die eine Hälfte der Bevölkerung auf 15 % der Fläche rund um Berlin lebt und sich die andere auf die restlichen 85 % der Landesfläche verteilt? Wie können wir das Leben in Brandenburg trotz demografischen Wandels zukunftsfest und lebenswert gestalten?

Leider reagiert die Landesregierung auf alle Herausforderungen immer gleich: Zuerst werden sie lange ignoriert. Erst wenn sie glasklar zutage treten und beim besten Willen nicht mehr zu ignorieren sind, reagiert die Landesregierung - und zwar immer nach dem gleichen Motto: Reform oder Projekt. - Dann wird ein großer Wurf angekündigt. Die Landesregierung ist groß darin, Reformen und Projekte anzukündigen, aber sie erfolgreich umzusetzen, daran hapert es meistens.

(Bischoff [SPD]: So eine schlechte Rede!)

Stattdessen verschlimmbessern Reformen und Projekte die Probleme der Menschen und verlaufen im Sande. Ich erinnere an die gescheiterte Polizeireform, die rückabgewickelte Schulamtsreform, die eingefrorene Inklusion, den Ausbau der Breitbandstruktur in kleinen Schritten oder den BER.

(Beifall CDU sowie vereinzelt AfD)

Wird auch die Verwaltungsstrukturreform 2019 so enden? Es sieht fast danach aus. Denn Sie, meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, haben bereits viel dafür getan, dass es der Verwaltungsstrukturreform an der nötigen Akzeptanz vor Ort fehlt. In den Wahlprogrammen von SPD und Linken spielt die Zusammenlegung von Landkreisen, die Einkreisung von kreisfreien Städten und die Vergrößerung der Gemeindeverwaltung keine Rolle.

(Ministerpräsident Dr. Woidke: Doch! Falsch!)

Ganz im Gegenteil: Es gibt Beispiele prominenter Politiker der SPD, die sich im letzten Jahr - sprich: vor den Landtagswahlen - deutlich positioniert haben:

„Ich bin optimistisch, dass die kreisfreien Städte im Land ihren Status erhalten, denn es geht ja darum, die Städte zu stärken.“

Dies sagte der ehemalige Innenminister Ralf Holzschuher am 13. August 2014 im Gespräch mit der „Märkischen Allgemeinen“.

Sie, Herr Innenminister Schröter, haben in Ihrer damaligen Funktion als Landrat sogar damit gedroht, gegen eine Fusion mit dem Nachbarkreis Ostprignitz-Ruppin zu klagen. Am 18. Februar des letzten Jahres hat der Ministerpräsident selbst klargestellt, dass eine Verringerung der Zahl der Landkreise nur in Betracht kommt, wenn es dafür funktional eine Notwendigkeit gäbe.

Wenn ich diese Aussage mit dem vorliegenden Leitbildentwurf vergleiche, stelle ich mir die Frage, wie das zusammenpassen soll. Wenn man vor der Wahl das eine sagt und nach der Wahl das andere tut, so ist das Wählertäuschung und Augenwischerei.

Ich muss Herrn Holzschuher zugutehalten, dass er sich heute bei der Demonstration vor dem Landtag für die Kreisfreiheit von Brandenburg an der Havel ausgesprochen hat. Ich bin gespannt, welche semantischen Klimmzüge er später bei der Abstimmung vollziehen wird.

(Beifall CDU, AfD sowie des Abgeordneten Jungclaus [B90/GRÜNE])

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat ihren Leitbildentwurf mit „Verwaltungsstrukturreform“ etikettiert. Das ist nichts anderes als ein Etikettenschwindel. Seien wir ehrlich: Der Schwerpunkt und das Ziel der vorliegenden Aktion ist die Reform der Kreis- und Gemeindegebiete.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Nein!)

Erstens ist es entlarvend, wenn wir den Parteitagsbeschluss der SPD aus dem Jahr 2012 betrachten: „Brandenburg 2030 - Wir gestalten die Zukunft“.

(Zuruf von der CDU: Vor der Wahl!)

- Vor der Wahl, genau. Dort wird in verschiedenen Thesen ausgeführt, dass bis 2019 „fast alle Städte und Gemeinden ihre Selbstverwaltungskraft in Folge freiwilliger und vom Land geförderter oder gesetzlicher Fusionen gestärkt“ haben und kreisfreie Städte in Landkreise integriert sein können.

Zwar wird auch - das muss man zugeben - über einer Aufgabenübertragung auf die Landkreise gesprochen, aber eben nicht als *Conditio sine qua non* für eine Strukturreform, sondern allein aus dem einfachen Grund, die Aufgaben auf einer Ebene koordinierter und wirtschaftlicher erfüllen zu wollen. So reicht Ihnen, Herr Minister, in Ihrem Leitbildentwurf ein Funktionalreformchen als Rechtfertigung für die angestrebte Gebietsreform.

(Beifall CDU)

Zweitens ist die Wortwahl entlarvend. Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrer Regierungserklärung letzten Jahres die For-

mel „form follows function“ - man kann es auch auf Deutsch sagen: Form folgt Funktion - in die Diskussion gebracht. Dies ist nicht nur ein schöner englischer Spruch, wie Sie ihn in Ihrer Rede nannten, sondern das ist ein Gestaltungsleitsatz aus dem Bereich Design. Es ist augenscheinlich, dass Sie unser Land schlicht und einfach nach Ihren Wünschen designen möchten.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, auch wenn wir den Titel des Leitbildentwurfs ernst nehmen, stellen wir fest, dass er hinter dem Versprechen in seiner Überschrift weit zurückbleibt. Es fängt schon bei einer notwendigen Aufgabenkritik an, die schlichtweg fehlt. Eine vertiefte systematische Prüfung unter Einbeziehung der kommunalen Praxis wäre notwendig, wie sie bereits in dem Sonderausschuss zum Abbau von Normen und Standards gefordert wurde. Erst wenn wir die Arbeit der Verwaltung sinnvoll entbürokratisieren, können wir umfassende und folgerichtige Aufgabenverlagerungen planen.

In Ihrem Leitbild, Herr Minister, findet sich kein einziger Reformvorschlag zur Ministerial- und Landesverwaltung. Mit der Verwaltungseffizienz der Landesbehörde setzen Sie sich in Ihrem Leitbildentwurf erst gar nicht auseinander. Stattdessen greifen Sie die Landkreise, die Städte und Gemeinden an, weil sie angeblich zu viele Mitarbeiter haben. Wenn Sie bei den Kommunen Einsparungen fordern, dürfen Sie nicht vergessen, vor der eigenen Tür zu kehren.

(Beifall CDU und vereinzelt AfD)

Meine Damen und Herren, bleiben wir noch ein bisschen bei dem Funktionalreformchen. Sie, Herr Minister, haben in einer Pressekonferenz gesagt:

„Nur vor dem Hintergrund einer möglichst umfassenden Aufgabenverlagerung auf die Kreisebene lässt sich eine flächendeckende Kreisgebietsreform im Land Brandenburg überhaupt rechtfertigen.“

Gut gebrüllt, Löwe! Aber was folgt daraus? Im Leitbildentwurf nennen Sie 22 Aufgaben des Landes mit ca. 1 700 Personalstellen, die auf die Landkreise und kreisfreien Städte übertragen werden sollen. Das klingt erst einmal nach viel. Aber wenn wir das genau anschauen, wird klar: Der große Wurf ist das nicht. 1 700 zu übertragende Personalstellen sind de facto 3,62 % des Personals in der Landesverwaltung. Bürgernähe kann ich nicht erkennen, da viele Aufgaben administrative Randbereiche der Kommune betreffen und eben keinen direkten Bezug zum Bürger haben.

(Zuruf des Abgeordneten Günther [SPD])

Auch bei den zu übertragenden Aufgaben aus dem Landesbetrieb Forst mit ca. 900 Stellen kann ich keinen unmittelbaren Bürgerbezug erkennen. Soll der Landesbetrieb Forst darüber hinaus bei der Übertragung in seinen bisherigen Strukturen verbleiben, oder müssen die Kommunen Struktur- und Personalanpassungsmaßnahmen vornehmen? Was ist mit den entstehenden Folgekosten?

Auch die Funktionalreform II mit gerade mal neun von den Landkreisen auf die Gemeindeebene zu übertragenden Aufgaben fällt im Vergleich zu dem Vorschlag der Enquetekommission 5/2 sehr klein aus.

Ich sage es noch einmal: Mit diesen Funktionalreformchen lassen sich die von Ihnen geplanten großflächigen Neuzuschneide bei den Landkreisen und Gemeinden sowie die Einkreisung der kreisfreien Städte nicht rechtfertigen.

(Beifall CDU)

Fakt ist: SPD und Linke wollen die seit 1993 gewachsenen Kreisstrukturen in Brandenburg zerschlagen. Sie wollen übergroße Regionalkreise mit einer Fläche von bis zu 5 000 m<sup>2</sup> sternförmig um Berlin schaffen, die im Regelfall mindestens 175 000 Einwohner in Bezug auf das Jahr 2030 haben sollen. Dabei sollen die drei kreisfreien Städte Brandenburg an der Havel, Frankfurt (Oder) und Cottbus als Oberzentren eingekreist werden. Argumentiert wird mit der Leistungsfähigkeit der Verwaltungsstrukturen.

Wir stimmen dem Innenminister durchaus zu, dass ein Zusammenhang zwischen Einwohnerzahl und Verwaltungseffizienz besteht. Es ist richtig, dass Brandenburger Landkreise mit weniger als 120 000 Einwohnern in der Regel eine höhere Mitarbeiterzahl pro 1 000 Einwohnerzahl haben als größere Kreise. Aber wo berücksichtigt der Innenminister die zweifellos auch bestehenden Effizienzvorteile der kreisfreien Städte? Die kreisfreien Städte kommen mit durchschnittlich 13,23 Personalstellen je 1 000 Einwohner aus. Bei den Landkreisen - inklusive Gemeinde und Ämter - sind es zusammengenommen 15,86 Personalstellen. Dabei bestehen laut Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage gegenwärtig bei der Aufgabenerfüllung der kreisfreien Städte keine Defizite. Diesen Fakt blendet die Landesregierung allerdings einfach aus, weil er nicht in ihr Konzept passt. Seriöse Politik sieht anders aus, meine Damen und Herren!

(Beifall CDU)

Ich suche noch immer nach Ihrer Rechtfertigung für die Bildung großer Regionalkreise. Finanzielle Gründe können es wohl nicht sein; denn selbst die Gutachten der Enquetekommission stellten fest, dass eine Reformrendite nicht ermittelbar sei. Wenn Sie auf die unterschiedlichen, strukturbedingten einnahme- und aufgabenbedingten Ausgabensituationen der Kreise und kreisfreien Städte verweisen, so werden diese durch eine Reform nicht um einen Cent verändert. Ein gerechter Finanzausgleich lässt sich auch auf anderen Wegen erreichen. Dafür müssen keine Strukturen zerschlagen werden.

Ein Blick nach Mecklenburg-Vorpommern zeigt, dass die drei größten Landkreise, Vorpommern-Greifswald, Ludwigslust-Parchim und Mecklenburgische Seenplatte, mit Ausmaßen von bis zu 5 500 Quadratkilometern keine erheblichen Effizienzrenditen erzielen. Im Gegenteil: Deren Schuldenlasten sind sogar noch angestiegen.

Meine Damen und Herren, im Bundesvergleich haben die Brandenburger Landkreise derzeit den niedrigsten Schuldenstand bei der Kernverwaltung - ohne Fonds, Einrichtungen und Unternehmen. Hier liegt kein Strukturdefizit vor, sondern es sind insbesondere die unterfinanzierten Aufgaben, auch bei den Sozialleistungen, die erheblich zu den Schuldenständen der Landkreise und kreisfreien Städte beitragen.

(Beifall CDU und vereinzelt AfD)

Aus diesen Gründen ist auch in Brandenburg mit hohen Effizienzgewinnen durch die Kreisgebietsreform zu rechnen. Demzufolge sind gemäß Artikel 98 der Brandenburgischen Verfassung hohe Anforderungen an die Gemeinwohlgründe für eine solche Gebietsreform zu stellen, und die müssen die bestehenden Nachteile wesentlich überwiegen. Eine solche Abwägung findet in Ihrem Leitbildentwurf überhaupt nicht statt. Insbesondere im Hinblick auf die angestrebte Einwohnerzahl und eine noch praktikable Flächengröße fehlt eine solche Abwägung völlig. Die eintretenden Nachteile blenden Sie völlig aus. Ich helfe Ihnen dabei gerne auf die Sprünge: Demokratieverlust und Abbau von Daseinsvorsorge, unzumutbar weite Fahrwege für Bürger und ehrenamtlich tätige Kommunalpolitiker, Rückzug der Hauptverwaltung aus den berlinfernen Regionen, Etablierung unwirtschaftlicher Außenstellen, Leerstand ehemaliger Kreisverwaltungsgebäude, finanzielle, infrastrukturelle und wirtschaftliche Schwerpunktsetzung verlagert sich noch stärker ins Berliner Umland, Kreisfusionen und Zerschneiden von Landkreisen führen zu einem Identitätsverlust. Aufgrund der genannten erheblichen Nachteile und der kaum vorhandenen Vorteile von Regionalkreisen muss das Leitbild erheblich überarbeitet werden.

Das mit Beschluss des Landtags vom 17. Dezember 2014 geforderte Finanzierungskonzept möchte ich hier nur am Rande streifen; denn es ist im Kern im Leitbildentwurf nicht enthalten. Uns muss klar sein, dass die Strukturreform in erster Linie mehr kostet, als sie uns im Endeffekt einbringt.

(Beifall CDU)

Wir möchten deshalb mit Ihnen - das ist eben nicht die fundamentale Ablehnung, Herr Ness - in den nächsten Monaten über eine Änderung dieses Leitbildes diskutieren. Wir wollen, ähnlich wie in Sachsen, freiwillige Landkreisfusionen, die durch eine angemessene Anschubfinanzierung in Höhe von mindestens 10 Millionen Euro für jeden beteiligten Landkreis und jede beteiligte kreisfreie Stadt gefördert werden. Das Prinzip muss lauten: Freiwilligkeit statt Zwang, Kooperation statt Fusion.

(Beifall CDU und vereinzelt AfD)

Schauen Sie doch mal nach Prignitz und Ostprignitz-Ruppin, wo Ansätze zu einer freiwilligen Fusion schon erkennbar sind. Darüber hinaus muss die Teilentschuldung der Kommunen durch Landesmittel möglich sein, und nicht unter Einbeziehung der Verbundmasse.

Letztlich kommen wir um eine Neubewertung des kommunalen Finanzausgleichs anhand der Aufgabenverteilung und einer Aufstockung der Verbundmasse nicht herum.

Meine Damen und Herren, ich habe nur noch knapp zwei Minuten Redezeit, aber eines muss ich doch noch ansprechen: Den härtesten Schlag führt die Landesregierung gegen die schwächsten Glieder der kommunalen Familie, gegen die Städte und Gemeinden. Gemeint sind die in dieser Legislaturperiode als freiwillig deklarierten Verwaltungszusammenschlüsse zu Gemeinden von mindestens 10 000 Einwohnern bezogen auf das Jahr 2030. Hierbei handelt es sich um nichts anderes als eine verkappte Gemeindegebietsreform, die in der nächsten Legislaturperiode durch Zwang vollendet werden soll. Das läuft nach dem Motto: Wer nicht fusioniert, verliert.

(Beifall CDU und vereinzelt AfD)

Womit begründen Sie überhaupt die neue Mindesteinwohnerzahl von 10 000? Die 5 000-Einwohner-Grenze, die unter Minister Schönbohm im Jahr 2013 festgeschrieben wurde, hat sich doch bewährt.

(Beifall CDU und Vida [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe]  
- Zuruf von der SPD: Das ist falsch!)

Warum wird sie nicht fortgeschrieben? Durch Ihre Einwohnergrenze und den Umstand, dass keine Flächenobergrenze im Leitbildentwurf beschrieben wird, können Gemeindeflächenriesen mit mehr als 600 Quadratkilometern entstehen. Dass diese Flächenriesen ihren örtlichen Charakter verlieren, was auch der kommunalen Selbstverwaltung, der Daseinsvorsorge und der Demokratie vor Ort schadet, ist wohl unbenommen.

Es gäbe noch viel zu dem Leitbild zu sagen, aber die Zeit verrinnt sehr schnell. Deswegen komme ich zu meinem Fazit: Sie dürfen bei allen Reformplänen die Aufgabenkritik in der Landesverwaltung nicht außer Acht lassen. Nehmen Sie es zur Kenntnis, dass die Mehrheit der kreisfreien Städte und Landkreise ihre Aufgaben effizient erledigt. Seien Sie redlich, denn Ihren finanziellen Rechtfertigungen sind nicht haltbar. Sorgen Sie bitte für einen angemessenen Finanzausgleich. Dann sind Zwangsvereinigungen unnötig.

Stellen Sie den Kommunen in einem „Werkzeugkoffer der Möglichkeiten“ auch Kooperationsmodelle zur Verfügung! Hören Sie den Bürgern und kommunalen Vertretern in dem anstehenden Dialog zu, denn sie wissen am besten, wo es Probleme gibt und wo es gut läuft. Hören Sie ihnen aber nicht nur zu, sondern nehmen Sie ihre Ratschläge auch an. Haben Sie vor allen Dingen auch - das ist mein letztes Fazit - den Mut, zu ermitteln, ob Sie die Brandenburger überzeugen konnten. Haben Sie den Mut zu einer Volksbefragung parallel zur Bundestagswahl 2017, wie sie die CDU bereits im Januar dieses Jahres gefordert hat. - Vielen Dank!

(Anhaltender Beifall CDU sowie des fraktionslosen Abgeordneten Hein - Zuruf des Abgeordneten Königer [AfD])

Wir kommen nun zur Fraktion DIE LINKE. Herr Abgeordneter Christoffers bitte.

**Christoffers (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Werte Gäste! Lassen Sie mich zu Beginn auf zwei Sachverhalte aufmerksam machen: Erstens. Wir entscheiden heute nicht über die Verwaltungsstrukturreform, sondern wir entscheiden über die Überweisung eines Entwurfes an den Ausschuss - nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Zweitens, meine Damen und Herren: Niemand stellt die Kompetenz und Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung in den Städten und Kommunen zum gegenwärtigen Zeitpunkt in Frage. Das Problem, welches wir nur haben, ist: Wie sichern wir diese Kompetenz und Leistungsfähigkeit in der Zukunft? Das ist die entscheidende Frage!

(Beifall DIE LINKE und SPD)